

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Offizin täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis des Tagesblattes monatlich 4 Mk., durch einen Nachbarn zugewiesen in der Stadt monatlich 4.40 Mk., auf dem Lande 4.80 Mk., durch die Post bezogen monatlich 5.20 Mk., ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postkarten sowie unser Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Verkaufspreis 80 Pf. für die nachstehende Anzahlung oder deren Rest, Lieferpreis 20 Pf. Abkamen 2 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (mit von Redaktion) die 2 gelbste Marktzettel 2.50 Mk. Nachmittags-Beilage 50 Pf. Anzeigenannahme bis vornehmlich 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Mitteilungen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Thorand sowie die wichtigsten Veröffentlichungen der Ministerien, der Kreishauptmannschaft Dresden und der Gemeinden des Amtsgerichtsbezirks Wilsdruff. Verleger und Drucker: Arthur Schunke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Hermann Kästig, für den Inseratenteil: Arthur Schunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 218.

Dienstag den 21. September 1920.

79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Maul- und Klauenseuche.

Unter dem Viehbestande des Gutbesizers Schumann in Sora ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Gemäß §§ 181 ff. der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz wird als Sperrbezirk Sora, Kreisbereich nördlicher Teil, begrenzt durch die Dorfstraße, als Beobachtungsgebiet der übrige Ortsbereich und Flurbereich Sora bestimmt.

Wegen der Seuchengefahr in Wilsdruff werden Sachsdorf, Flur Hühdorf ab Stadtgrenze Wilsdruff bis Straßentrennung Staatsstraße Wilsdruff-Hühdorf bis Wegkreuzung nach Sachsdorf sowie angrenzende Flurstücke Kaufbach unter Beobachtung gestellt.

Für den Sperrbezirk gelten die Vorschriften in §§ 162, 163, 164 und 168, für das Beobachtungsgebiet die Vorschriften in §§ 166 und 168 der Bundesratsvorschriften zum Viehseuchengesetz — Gesetz- und Verordnungsblatt 1912 Seite 83 folgende —, überdies für den ganzen Bezirk die sonstigen von der Amtshauptmannschaft zu treffenden Anordnungen.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden, insoweit nicht nach den Strafvorschriften des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 oder sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen höhere Strafen vermerkt sind, gemäß § 57 der sächsischen Ausführungsvorordnung zum Viehseuchengesetz vom 7. April 1912 mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft.

Meissen, am 18. September 1920.

1295/1181 V.

Die Amtshauptmannschaft.

Frühdrusch.

Das Wirtschaftsministerium hat durch Verordnung vom 14. September 1920 — 2403 a VI. A 1 b — für die Landwirte des Kommunalverbandes Meissen-Stadt und -Land, die vom Elektrizitätsverband Gröbba mit elektrischer Kraft versorgt werden und infolge der am 25. August eingetretenen Betriebsstörung nicht drischen können, die Frist für die Zahlung der Frühdruschprämie bis mit einschließend den 30. September 1920 verlängert.

Die Landwirte, die auf Grund dieser Bestimmung für die Ablieferungen vom 15. bis 30. September eine Zahlung der Frühdruschprämie beanspruchen, haben bei den Ablieferungen des Getreides den Kommissionären eine Bescheinigung der Gemeindebehörde mit abzugeben, daß sie nicht in der Lage gewesen sind, mit Dreschflegel, Göpel oder Dampfkratz zu drischen und auf die elektrische Kraft von Gröbba zum Drischen angewiesen sind.

Meissen, am 17. September 1920.

Nr. 523 c W.

Kommunalverband Meissen-Stadt und -Land.

Wir bitten höflichst, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Freigabe der Ausfuhrwirtschaft ist für Herbst 1921 geplant.
- Wie der Vorwärts von gut unterrichteter Stelle erfährt, soll Reichsfinanzminister Dr. Wirth bereits sein Rücktrittsgesuch überreicht haben.
- Die Quaker haben aus Amerika ein Geschenk von 144 782,55 Dollar erhalten, die sie für Kinderpeinungen in Deutschland verwenden werden.
- Mehrere Anträge von polnischer Seite nehmen scharfe Stellung gegen die Willkürherrschaft Korfantsky und seines Anhangs in Oberschlesien.
- Der Rücktritt der englischen Kreisinspektoren in Oberschlesien wird nunmehr von der Ententepresse bestätigt.
- Die Schweiz droht aus dem Völkerverbund auszuscheiden, wenn Deutschland noch länger ausgeschlossen bleibt. Frankreich will dagegen ausweichen, wenn Deutschland zugelassen wird.
- Die Verhandlungen zwischen den englischen Bergarbeitern und der Regierung sind von neuem auf einem toten Punkt angelangt.
- Die italienische Regierung hat einen diplomatischen Schritt in Belgrad unternommen, um die jugoslawische Regierung auf das künftige Fortschreiten der italienischen Truppen hinzuwirken und sie auf die Einhaltung des Friedensvertrages hinzuweisen.
- Der montenegrinische General Marinowitsch ist im Begriff, Sutari mit 3000 Mann anzugreifen.
- Das Bombenattentat in New York wird auf einen Rasenakt der Blumensänger zurückgeführt. Nach anderer Ansicht handelt es sich um eine Tat der Kommunisten.

Finanzkrisis.

Das erste Mal aus dem Geisse des Ministeriums Fehrenbach dröhrt auszuspringen. Nicht der Ernährungsminister Dr. Herwegh, gegen den von Tag zu Tag an Selbstgeißel zunehmende Angriffe in einem Teile der Presse erhoben werden. Ist es, dessen Scrupel den Gegnern der Regierung ausgereicht werden soll. Aber der Reichsfinanzminister Dr. Wirth scheint am Ende seiner Regierungskräfte angelangt zu sein und droht mit dem Rücktritt. „Man sagt, er wolle Resignieren.“ Und fürwahr, auch ein Finanzmann allerersten Ranges könnte bei den Aufgaben, die ihm die gegenwärtige Lage des Deutschen Reiches aufbürdet, verzweifeln die Hände ins Korn werfen. Herr Minister Dr. Wirth aber sieht sich gerade frei, wo seine monatlichen Berichten in bestimmte Finanzprognosen auslaufen sollen, vor immer neue Eingriffe in die Möglichkeiten seines Ressorts gestellt, und es kann wirklich nicht wundernehmen, wenn ihm schließlich der Geduldsfaden reißt. Erst waren es die Finanzminister der Einzelstaaten, die den Aufbau der Reichsbefehlsordnung, kaum daß diese die Verhältnisse des Reichstages verlassen hatte, zum schweren materiellen Anker der Reichskasse, über den Haupten waren. Dieser Schicksal ist während der Zeit schließlich überwunden worden. Und nun kommen wiederum die Verkehrsminister des Reiches mit neuen weittragenden Gehaltsforderungen für ihre Beamten, für die der Finanzminister die Verantwortung nicht mehr übernehmen kann. Man kann es zur Not begreifen, daß die Herren Gleditsch und Graener ihren Beamten gegenüber zu Versprechungen ihre Lust nehmen, wenn sie gar keinen andern Ausweg mehr finden, um die Arbeitswilligkeit dieser unerschütterlichen Stützkräfte unseres Verkehrswezens aufrechtzuerhalten. Aber wenn damit zugleich eine Bindung des Finanzministers für die Übernahme von Lasten bewirkt werden soll, die unierer über und über verschuldeten Reichskasse auch beim besten Willen nicht mehr

zugemutet werden können, so begreift man den Entschluß, der im Reichsfinanzministerium jetzt offenbar gefaßt worden ist: die Kräfteprobe herbeizuführen, zu der es früher oder später doch endlich einmal kommen muß. Schon früher einmal, als es sich um die steigenden Ansprüche der Eisenbahnarbeiter handelte, war Dr. Wirth vor den Reichstag getreten mit der Erklärung, daß für so außerordentliche neue Verpflichtungen nur die Volksvertretung die volle Verantwortung übernehmen könne. Jetzt will er das Reichskabinett vor die maßgebende Entscheidung stellen. Es muß sich ohnedies, bevor der Reichstag wieder zusammentritt, auch mit unserer Finanzlage sehr gründlich auseinandersetzen und hat die kommende Woche für diese Beratungen festgesetzt. Dr. Wirth trägt sich mit bestimmten greifbaren Vorschlägen für die Sanierung unserer Finanzen wie auch für die Neuordnung der finanziellen Beziehungen des Reiches und der Einzelstaaten. Diese Vorschläge lassen sich nur vereiteln, wenn die neuen Ansprüche der Ressortminister zurückgestellt werden. Die Entscheidung liegt beim Kabinett, und je nachdem wie sie ausfällt, wird der Finanzminister gehen oder bleiben.

Kein Zweifel, daß Herr Dr. Wirth das Vergnügen seiner Amtsführung sehr gern anderen Händen überlassen würde, denn eine bornenvollere Aufgabe, als die Verwaltung des Reichsschatzels ist wohl in der Gegenwart überhaupt nicht denkbar. Der Nachfolger Erzbergers, dem aus seiner badiischen Heimat der Ruf eines tüchtigen Finanzmannes vorausging, hat sich mit vollem Ernst in die Arbeit gestürzt und war vor allen Dingen darauf bedacht, die nun einmal ergangenen neuen Steuergesetze für die Stoffen des Reiches sobald wie möglich fruchtbar zu machen. In der Frage des Steuerabzuges beharrte er mit unerfennenswerter Entschiedenheit auf dem Willen des Reiches, so unpopulär auch diese Haltung, angesichts der zum Teil berechtigten Erregungen in den Volksmassen sein mochte. Daß es ihm nicht gelungen ist, den Neubau der Steuerverwaltung mit der Schnelligkeit in Ordnung zu bringen, die angesichts der trostlosen Lage unserer Reichsfinanzen geboten war, gereicht ihm nicht zum Vorwurf, denn Unmögliches kann nun einmal von keinem menschlichen Sterblichen vorausgesetzt werden. Und was die einschneidende Lücke unserer Einnahmen betrifft, so wird auch kein irgendwie gearteter Nachfolger oder Erbsmann des gegenwärtigen Finanzministers ein Zauberwort angeben können, wie wir ihrer mit einem Schlage Herr werden könnten. Das um so weniger, wenn z. B. auf dem Gebiete des Ernährungswesens auch die Naturgewalten sich gegen uns wenden. Mühte doch der Präsident der Reichsgesamtheit eben erst feststellen, daß wir, angesichts des sehr mangelhaften Ernteaussfalls im Brotgetreide nicht weniger als zwei Millionen Tonnen vom Auslande würden einführen müssen, was einen Kostenanwand von nur zehn Milliarden Mark erfordert. Wer soll diese ungeheuerlichen Summen aufbringen, die Bevölkerung, das Reich? Man weiß ja bald gar nicht mehr, wer weniger dazu imstande ist, jene oder dieses? Und wer kann sagen, welche angenehmen Überraschungen uns noch in Drüffel oder in Weinf erwarten. Kann man es da einem verantwortlichen Staatsmanne verdenken, wenn er wenigstens da, wo er oder die eigene Regierung gerade noch einigen Einfluß ausüben vermag, ihn im Sinne derjenigen Sparsamkeit geltend gemacht haben will, die sich in früheren Tagen hierzulande von selbst verstand? Und kann man ihm Unrecht geben, wenn er sich dem Druck von außen widerlegt, auch auf die Gefahr hin damit neue Entlastungsformen zu erwirken? Der gute Geist unserer Beamten ist leuchtbar wie der unseres ganzen Volkes. Es kommt nur darauf an, wer den Hebel ergreift, mit dem sich die Kräfte des Segens wie des Unsegenes regieren lassen.

Wleikend sind wir mit der Rücktrittsankündigung des

Herrn Dr. Wirth an einem Wendepunkt unserer inneren Entwicklung angelangt. Es ist jedenfalls allerhöchste Zeit, daß die Binde, die viele Teile unseres Volkes der finanziellen Kollage des Reiches gegenüber, durchaus nicht ablegen wollen, ihnen mit sanfter oder, wenn es nicht anders sein kann, auch mit etwas unsanfter Gewalt von den Augen fortgezogen wird.

Polnischer Aufruf gegen Korfantsky.

Forderungen der deutschen Parteien.

Im polnischen Lager Oberschlesiens ist eine Rebellion ausgebrochen. Die ober-schlesischen Angehörigen des polnischen Volkskommissariats haben sich zu einem Bunde zusammengeschlossen und einen öffentlichen Aufruf in Deutsch- und Polnisch, in dem sie gegen die sächsischen Behörden der ober-schlesischen Volkskommissarier protestieren, während die aus Polen kommenden Agitatoren Korfantsky in Gaus und Graus lebten. Korfantsky habe die Auflösung des Bundes der ober-schlesischen Volkskommissarier verlangt und den Vorsitzenden entlassen. Der Aufruf rief, daß Korfantsky und seine Schlächter im Interesse des Allgemeinwohls Oberschlesiens verlassen, widerfalls man ihm den heiligen Krieg erklären würde.

Weg mit dem Jaren Oberschlesiens.

Ein weiterer polnischer Aufruf gegen Korfantsky sagt u. a. Oberschlesien. Dann ihr weiter Vertrauen haben zu dieser Eliane Korfantsky, könnt ihr weiter zu diesem Verbrecher Vertrauen haben, der das Volk bewahren in den Kampf gestohlen hat? Weg mit Korfantsky, weg mit diesem selbstherrlichen Jaren Oberschlesiens. Weg mit der Eliane der Schieber, die hierher gekommen sind, um die ober-schlesische Kuh zu melken. Warten wir nicht bis nach der Abstimmung, sondern schließen wir sofort unsere Kräfte zusammen und stoßen das Joch der Brüdernechtschaft von uns. Wir erstreben die Übernahme der Abstimmungsarbeit nur durch Oberschlesien, die das Vertrauen des Volkes besitzen, unter Aufsicht der internationalen Kommission. — Der Aufruf ist unterzeichnet: Das polnische Abstimmungskomitee Theophil Kurpa.

Neue Eingabe an Le Rond.

Die deutschen Parteien und Gewerkschaften in Oberschlesien haben unter Führung des deutschen Volkskommissars an General Le Rond eine Eingabe gerichtet, in der gefordert wird: Sofortige Beendigung des Aufstandes und Wiedereinführung von Ruhe und Sicherheit, Wiedereinführung der verjagten gesetzlichen Behörden und ihrer Träger, Ausweisung aller von der Hilfs- oder Abstimmungspolizei, die am Aufstand teilgenommen, scharfe Durchführung der Entwaffnung, Absperrung der Grenze gegen Waffenmangel, Sühne für kreuzbare Handlungen während des Aufstandes.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Nachwahlen zum Reichstag in Schleswig-Holstein und Ostpreußen haben das Reichskabinett beschäftigt. Ein Wahltermin ist noch nicht angefaßt worden, weil bei der herrschenden Wahlmüdigkeit noch Mühseligkeit versucht werden soll, die Wahlen in Ostpreußen und in Schleswig-Holstein gemeinsam mit den Wahlen zum preussischen Landtag stattfinden zu lassen. Voraussetzung für die Zusammenfassung ist, daß dadurch keine allzu wesentliche Verzögerung der Wahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein stattfindet. Die Reichsregierung wird deshalb, bevor sie ihre endgültige Entscheidung trifft, abwarten, welchen Abschluß die jetzt in der Schweiz befindlichen Verhandlungen über den Zeitpunkt der Wahlen in Preußen finden.

Keine Ausnahmestimmungen mehr gegen verheiratete Beamten. Alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamten sind nach der Reichsverfassung zu be-